

Postulat Mahir Sancar (JA!), Anna Jegher (JA!), Nora Joos (JA!), Paula Zysset (JUSO): Solidarität mit Menschen statt Staaten

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Der Gemeinderat habe zu prüfen und offenzulegen, nach welchen Kriterien entschieden wird, ob und wie Solidaritätsbekundungen nach internationalen Ereignissen von der Stadt Bern gemacht werden.
2. Falls kein gefestigter Kriterienkatalog und konkrete Handlungsvorgaben bestehen, sei zu prüfen, ob solche erstellt werden sollen und können.
3. In diesem Zusammenhang sollen auch Vorschläge für mögliche Kriterien und Handlungsvorgaben gemacht werden. Dies insbesondere im Sinne von neutralen Friedensbekundungen und Gedenkmöglichkeiten sowie den Verzicht auf Nationalflaggen.

Bern, 15. August 2024

Erstunterzeichnende: Mahir Sancar, Anna Jegher, Nora Joos, Paula Zysset

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat anerkennt das Bedürfnis nach einer Überprüfung der Vorgehensweise bei Solidaritätsbekundungen. Zudem anerkennt er, dass es Sinn machen kann, in bestimmten Situationen neutrale Friedensbekundungen und Gedenkmöglichkeiten anderen Arten von Solidaritätsbekundungen vorzuziehen, um weniger potenzielle Angriffsfläche zu bieten. Den Prüfauftrag beantwortet er wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Stadt Bern ist Teil der Weltgemeinschaft und Ereignisse und Entwicklungen auf der Welt können auch hier Menschen bewegen, und manchmal das Bedürfnis entstehen lassen, in einer Form Solidarität, Mitgefühl und/oder Gedenken ausdrücken zu wollen. Dem Gemeinderat ist es aber wichtig, derartige Mittel nur sehr zurückhaltend und im Wissen um die Rolle einer Stadtexekutive einzusetzen. Städtische Solidaritätsbekundungen nach internationalen Ereignissen erfolgen demnach ausschliesslich bei ausserordentlichen Ereignissen von besonders weitreichender Bedeutung wie beispielsweise dem illegalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Der Gemeinderat wägt dabei von Fall zu Fall ab, ob es sich um ein solches Ereignis handelt. Über die Form einzelner Solidaritätsbekundungen wird ebenfalls anhand einer Einzelfallprüfung entschieden, wobei der Gemeinderat strikte Kriterien nicht als zielführend erachtet.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es nebst den Kriterien der Ausserordentlichkeit und der weitreichenden Bedeutung eines internationalen Ereignisses keinen fixen Kriterienkatalog braucht, da jeder zu prüfende Einzelfall von potenziellen Solidaritätsbekundungen in einen unterschiedlichen Kontext eingebettet ist. Ein gefestigter Kriterienkatalog würde diesem Umstand aus Sicht des Gemeinderats einer der Situation angemessenen Abwägung, die auch den zu diesem Zeitpunkt herrschenden Kontext miteinbezieht, im Weg stehen. Potenzielle Solidaritätsbekundungen und deren Form sollen deshalb weiterhin als Einzelfall betrachtet und beurteilt werden.

Zu Frage 3:

Neue Kriterien oder Handlungsvorgaben sind aus den erwähnten Gründen vom Gemeinderat nicht vorgesehen. Des Weiteren erachtet der Gemeinderat einen generellen Verzicht auf Nationalflaggen als zu einschränkend und nicht zielführend. Dies zeigt sich etwa am Beispiel der Ukraine. Diese ist als Staat einem brutalen und illegalen Angriffskrieg Russlands ausgesetzt.

Die Idee einer neutralen Friedensbekundung/Gedenkmöglichkeit etwa anhand einer Friedensfahne erachtet der Gemeinderat grundsätzlich und situationsbezogen als eine Option. Wie erwähnt ist, wird der Gemeinderat bei ausserordentlichen Ereignissen von besonders weitreichender Bedeutung weiterhin in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen, ob, und wenn Ja, welche Form von Solidaritätsbezeugung er als angemessen erachtet.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 12. Februar 2025

Der Gemeinderat